

Dada und die Windmacher

geschrieben von Admin | 17. November 2021

Von Ralph Willenbücher.

Die Energiepolitik der EU, der Bundesregierung und vor allem der grün regierten Länder setzt auf die völlige Dekarbonisierung bis 2050. Erreicht werden soll dies durch 100 Prozent Energieerzeugung aus Erneuerbaren. Dass dies nicht gelingen kann, wenn gleichzeitig die Kernkraft ausgeschlossen wird, insbesondere nicht durch den Deutschen Sonderweg mit seinem durch das *Erneuerbare-Energien-Gesetz* geförderten zügellosen Ausbau der Windkraft – hat beispielsweise der ehemalige Präsident des ifo Institutes in München, Professor Hans-Werner Sinn, in einem auch für Laien gut verständlichen und weithin beachteten Vortrag am 16.12.2019 dargelegt.

Im Prinzip spricht er aus, was sehr Viele in der Wirtschaft denken, aber nur unter vorgehaltener Hand zu sagen bereit sind. Aber warum funktioniert dieses System? Warum gelingt es den Windkraftlobbyverbänden wie dem BWE, dem BUND oder teilweise auch dem NABU, die Bundesregierung wie am Nasenring durch die Manege zu ziehen und praktisch jeden Wunsch durchzusetzen? Im Wesentlichen deshalb, weil sich der Staat unter Merkel in eine aussichtslose Lage manövriert hat und aus dem Energiewendeschlamassel nicht mehr herauskommt. Man fährt seit Jahren auf Sicht und hofft, dass der Schwindel bis nach den nächsten Wahlen nicht auffliegt. Hierfür hat man sich die passenden Instrumente und Strukturen geschaffen.

Der Klimahype mit seinem unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang treibt die Energiewende im Moment geradezu auf die Spitze. Der Erneuerbaren-Wahn hatte zwar bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten begonnen, doch nahm er insbesondere unter dem heliozentrischen System Merkel enorme Fahrt auf. Sicher war auch irgendwann im Bundeswirtschaftsministerium die Erkenntnis gereift, dass die Aufrechterhaltung einer stabilen, grundlastfähigen Energieversorgung aus volatilen Umgebungsenergien wie Wind und Sonne für einen modernen Industriestaat mit derzeit und in den nächsten Jahrzehnten verfügbaren Techniken grundsätzlich nicht möglich sein wird. Unschöne Dinge wie die Hauptsätze der Thermodynamik stellen, auch wenn sie keine Naturgesetze sind, seit über 150 Jahren einen unüberwindbaren Graben für alle diejenigen dar, die Energie aus dem Nichts erschaffen, verlustfrei speichern, oder von Strom nach Wärme und beliebig oft hin und her wandeln wollen.

Weltuntergang für den Zweifler

Was also tun? Stoppen konnte die Bundesregierung diesen Wahn nicht. Dies hätte bedeutet, dass man hätte erklären müssen, warum man mehrere hundert Milliarden Euro sinnlos für EEG-Subventionen verschwendet hat.

Ein Wirtschaftsunternehmen würde dies tun, um noch größeren Schaden zu verhindern. In der Politik ist derartiges Handeln jedoch unüblich. Die Devise hieß also weiterwurschteln, das tote Pferd weiterreiten und auf keinen Fall einen Fehler zugeben, zumal die Opposition von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges überzeugt ist und von all dem Unsinn noch viel mehr verlangt. Dies gilt natürlich vor allem für die durch technischen und naturwissenschaftlichen Sachverstand unbelasteten Grünen.

Da der Widerstand in Wirtschaft und Bevölkerung wuchs, war es notwendig geworden, die sogenannte Energiewende mit einem pseudowissenschaftlichen Rahmen zu umweben. Zudem musste eine Kette von Erfolgen kommuniziert werden, und als Drohszenario war der Weltuntergang für den Zweifler in Aussicht zu stellen. Dieses System wurde im letzten Jahrzehnt weitgehend perfektioniert. Für die pseudowissenschaftliche Umrahmung sei hier stellvertretend für viele anderen Professor Claudia Kemfert erwähnt. Sie rechnet seit Jahren beim DIW die Energiewende regierungskonform schön und ist das Energiewende-Starlet des zwangsgebührenfinanzierten Bezahlfernsehens. Die Technikhistorikerin Dr. Anna Veronika Wendland und der Physiker Dr. Björn Peters haben sich die Mühe gemacht, einen von Kemferts Aufsätzen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Ihre vernichtende Kritik findet sich hier.

Unbedingt erwähnenswert auch die beiden Fraunhofer Institute in Kassel (IEE) und Freiburg (ISE). Diese Institutionen veröffentlichen regelmäßig Erfolgsberichte, die man etwa folgendermaßen zusammenfassen kann: „Es wurde viel erreicht, wir sind auf dem richtigen Weg, die Energiewende wird klappen, die Anstrengungen müssen aber weiter erhöht werden ...“ Natürlich geben auch Ministerien, Ämter und Landesagenturen beständig Schriften, Heftchen und Pressemitteilungen heraus, die die vorzügliche Arbeit und die Erfolge ebendieser Ministerien, Ämter und Landesagenturen bei der Umsetzung der Energiewende beschreiben.

Dadaistische Texte zur Klimapolitik

Die Medien wiederum übernehmen und veröffentlichen diese „Informationen“ dann in der Regel kritiklos und dankbar. Nebenbei bemerkt, ist diese Art von angegrüntem Verlautbarungsjournalismus für Westdeutschland relativ neu, im Osten aber ein alter Hut. Vielleicht erklärt dies zumindest teilweise die bescheidenen Wahlerfolge der Grünen im Osten. Schließlich wurden dort regelmäßig neue Planerfüllungsrekorde verkündet, während gleichzeitig die Regale in den staatlichen Läden immer leerer wurden.

Schlussendlich die Apokalypse. Hier stehen neben der Seherin Greta an vorderster Front Persönlichkeiten wie der telegene Kieler Ozeanologe, Klimaprophet und Weltuntergangsspezialist Mojib Latif sowie die Warmrechner vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, vom studierten Meteorologen und früheren Fernsehwettermacher Jörg Kachelmann gerne als „Das potsdämliche Institut“ bezeichnet. Die unangefochtene Lichtgestalt der Bewegung ist allerdings der Klimawanderprediger und

mystische Apokalyptiker Prof. Schellnhuber, Berater der Kanzlerin und des Papstes in Sachen Klima. Unübertroffen sind seine dadaistischen Texte zur Klimapolitik.

Von 2009 bis 2016 präsierte er den mit Steuergeldern gefütterten *Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* (WBGU). Man sollte sich wirklich einmal die sinnfreien Texte dieses illustren Kränzchens ansehen (zum Beispiel WBGU Hauptgutachten). Der US-amerikanische Philosoph Harry Frankfurt hatte für dieses politische Genre bereits in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts den treffenden Begriff „Bullshit“ geprägt. Am Text des WBGU wird deutlich, auf welcher Grundlage die Klimanauten im Bundeskanzleramt unter Commander Angie ihre Entscheidungen treffen. Zum 1.1.2020 wurde der Politologe Prof. Dirk Messner – seit 2013 Vorsitzender des WBGU – zum Leiter des Bundesumweltamtes ernannt. Es lohnt sich also, im linksgrünen Klimazirkus mitzuschwimmen.

Staatliche Klimapropaganda aus Wiesbaden

Wie die staatliche Energiewendekommunikation in der Praxis abläuft, wird am Beispiel der Vorstellung des Monitoringberichts 2019 zur Energiewende in Hessen deutlich. In Hessen regiert seit 2013 eine schwarz-grüne Koalition. Die Energiepolitik liegt aber praktisch vollständig in der Hand des grünen Ministers Al-Wazir. Der Bericht wird jährlich vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen herausgegeben und dient selbstverständlich der Verherrlichung und Lobpreisung der grünen Energiepolitik.

Zu diesem 168-seitigen Bericht gibt es zusätzlich eine Präsentation mit 14 Folienseiten. Das liest natürlich niemand. Schlussendlich ist eine kurze Pressemitteilung erschienen, in der herausgehoben wird, dass der Anteil der Erneuerbaren an dem in Hessen verbrauchten Strom im ersten Halbjahr auf den Rekordwert von 24,5 Prozent angestiegen ist, und dass der in Hessen erzeugte Strom gar zu 48 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt.

Lediglich diese Zahlen finden dann in der Regel den Weg in die Medien. Weiterhin wird zwar noch erwähnt, dass der erneuerbare Anteil am Primärenergiebedarf bei 10,4 Prozent liegt, aber das versteht ohnehin niemand. Beim mehrheitlich flüchtig lesenden Medienkonsumenten entsteht dann der völlig irrtige Eindruck, dass knapp die Hälfte des Energiebedarfs in Hessen heute schon durch Wind und Sonne geliefert wird und man nur noch ein paar Windrädchen bauen müsse, um die andere Hälfte auch noch zu schaffen und CO₂-frei zu werden. Tatsächlich ist dies aber Unsinn. Die Pressemitteilung bezieht ihre Hurrmeldungen selbstverständlich nur auf die Stromerzeugung.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

SPD MdB Timon Gremmels: „Für die Sozialdemokratie ist es eine Freudenstunde, wenn am 31. Dezember 2022 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz geht.“

geschrieben von Admin | 17. November 2021

Von Michael Limburg

Bei der Abfassung dieses Beitrages sind es nur noch gut 6 Wochen bis zum Jahresende, ab dem die Betriebserlaubnis für drei der sechs noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke endgültig erlischt. Damit gibt es keine legale Chance mehr diese drei Kernkraftwerke weiter zu betreiben, selbst wenn es technisch und ökonomisch machbar wäre. Damit fehlen ab dem 1.1.22 rd. 4,25 GW grundlastfähiger Leistung, die pro Jahr knapp 30 TWh an Strom (elektrische Energie) ins Netz einspeisten.

Und zum Jahresende 2022 wird auch die Betriebserlaubnis für die letzten 3 Kernkraftwerke auslaufen, womit weitere knapp 4,3 GW Einspeiseleistung fehlen werden. Auch diese 3 Kernkraftwerke lieferten verlässlich rd. 30 TWh Strom im Jahr. Zusammen waren das etwa 125 % des Stromes, den alle deutschen Photovoltaik-Anlagen zusammen im Jahr produzieren. Strom, der nur mit Zwang ins Netz gedrückt wird, egal ob man ihn braucht oder nicht. Strom, der zur Not auch mit kräftigen Zuzahlungen der Netzbetreiber ins Ausland entsorgt wird, weil sich zum Zeitpunkt der Erzeugung niemand im Lande fand, der ihn abnehmen wollte.

Mit diesen gewollten Abschaltungen ist der Strommangel im Noch-Industrieland Deutschland programmiert, denn keine der propagierten Ersatzlösungen aus Wind- und Sonnenstromerzeugung ist in der Lage diese fehlenden Mengen zu ersetzen, wie folgende Grafik eindeutig zeigt.

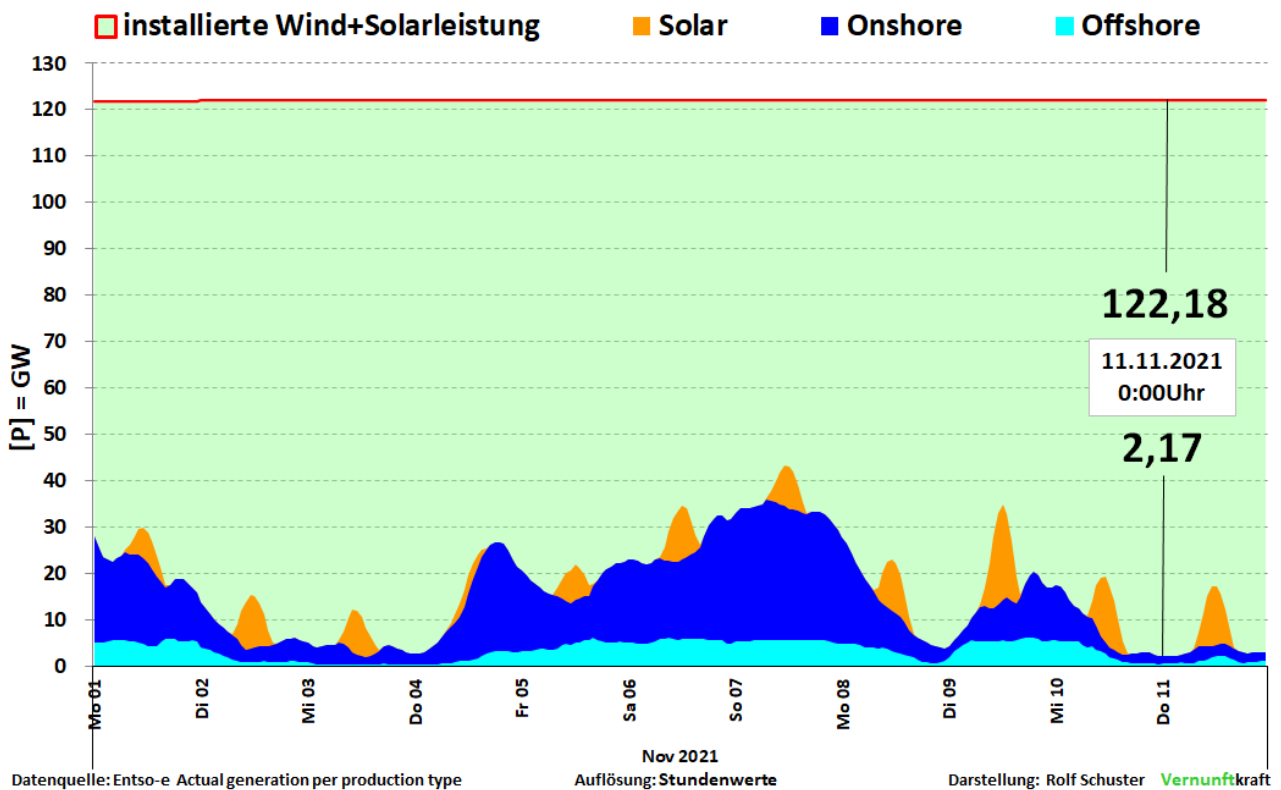


Bild 1: Einspeiseleistung der „Erneuerbaren“ vom 1.11.2 bis 12.11.21

Und wie man beim AGORA -Meter leicht überprüfen kann, lag der Verbrauch vom 1.11. bis 11.11.21 einschließlich, ständig zwischen 52 und 83 GW. Doch wie zum Hohn lieferten ausgerechnet an diesem denkwürdigen 11. November, um Null Uhr, die von den Rednern so hoch gelobten „Erneuerbaren“ ganze 2,17 GW ab.

Es war so, als ob Mutter Natur den Phantasten im Deutschen Bundestag, die nur wenige Stunden vorher das Hohe Lied der „Erneuerbaren“ und ihre „beschleunigten“ Ausbaues auf 100 % (Julia Verlinden) die gelbe Karte der Realität zeigen wollte. Sie hätten – auch bei angestrebtem 100 % Ausbau, den wir mit installierten 122 GW Leistung bereits zu 50 % überschritten haben- ihre Reden bei Kerzenlicht halten müssen, gewärmt vielleicht von dicken Wolldecken und Fellmützen. Denn auch der Bundestag wäre kalt und dunkel geblieben. Wie der Rest des Landes.

Denn das war genau an dem Tag, an dem der Bundestag beschloss, auch die letzten intakten Rettungsboote auf der sinkenden Titanic zu belassen und lieber das Volk in die eiskalte See, ins Verderben springen zu lassen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt mehr als 122 GW von diesen Zufallsstromerzeugern installiert waren, und nur knapp 52 GW ge- und verbraucht wurden.

Diese Rettungsboote hatte die AfD in Form von Anträgen^[1] eingebracht, mit denen die Abgeordneten – namentlich die Abgeordneten der anderen beiden bürgerlichen Parteien- aufgefordert wurden, ihrerseits die Bundesregierung ultimativ aufzufordern, die Stilllegung der restlichen sechs Kernkraftwerke sofort zu stoppen.

Die AfD hatte nicht nur die kommende Notsituation erkannt, sondern auch versucht über geeignete Anträge, das Parlament darauf aufmerksam zu machen, und es auch in die Lage zu versetzen, diese Lage mittels Zustimmung zu diesen Anträgen, wenigstens zu entschärfen.

Doch am 11. November verpasste das Deutsche Parlament endgültig die Chance künftigen brutalen Strommangel, der sich auch in Brown- und Blackouts manifestieren wird, zu verhindern, in dem die drohende endgültige Abschaltung per Parlamentsbeschluss abgewendet werden sollte.

Er wird in die Geschichte als der schwarze Tag eingehen, an dem sich die neu gewählten Parlamentarier die Chance entgehen ließen, ihr ihnen anvertrautes Land vor größtmöglichem Schaden zu bewahren

Die dazu von den Abgeordneten vorgebrachten Ablehnungsgründe waren für jeden neutralen Beobachter durchgehend hanebüchen. Für jeden, der sie sich anhören möchte sei dieses PHOENIX-Video empfohlen. Hier auch im Protokoll der Sitzung^[2] nachzulesen.

VIDEO Zusammenschnitt von PHOENIX zur Debatte wegen des Atomausstiegs am
11.11.21

Doch den wichtigsten Grund der Ablehnung auf den Punkt gebracht hat wohl der ehemalige Bankkaufmann und studierte Betriebswirt CDU Abgeordnete Dr. Andreas Lenz:

„Wir behandeln heute Anträge der AfD-Fraktion. Vieles ändert sich ja in diesem Bundestag in dieser Legislatur. Eines ändert sich aber nicht: Wir lehnen Ihre Anträge ab.“

Das spricht in seiner schlichten Ehrlichkeit für sich. Anders ausgedrückt, „kommt uns nicht mit Fakten, unsere Meinung steht.“

Und der studierte Politologe und SPD Apparatschik Timon Gremmels^[3] erlaubte sich wenige Minuten zuvor seine Gegenrede mit den folgenden Worten abzuschließen:

„Dann werden wir die Sektkorken knallen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir das gut und richtig finden. Es ist ein wichtiges Menschheitsziel, was wir da erreicht haben.“

Da bleibt mir fast die Spucke weg und es fallen mir dazu nur die folgenden Zitate großer Denker und Humoristen ein.

Von Carl Schmitt, dem großen Staatsrechtler stammt der treffende Satz:

„Wer Menschheit sagt, will betrügen!“

Und abschließend sei mir erlaubt auch noch Henry M. Broder zu zitieren^[4].

„Von Oskar Panizza, dem Mediziner, Psychiater und in dieser Eigenschaft Arzt an der oberbayrischen Kreis-Irrenanstalt in München stammt der Satz: „Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft.“ Und das klingt wie: „Wir behandeln die Falschen, unser Problem sind die Normalen.“

Quellen

1. <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7532305#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRlb2lkPTc1MzIzMDU=&mod=mediathek> ↑
2. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20002.pdf#P.76> ↑
3. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20002.pdf> ↑
4. https://www.welt.de/print/die_welt/vermishtes/article12290309/Wenn-der-Wahnsinn-epidemisch-wird-heisst-er-Vernunft.html ↑

Bau von Gaskraftwerken: Bankrotterklärung der Schweiz

geschrieben von Admin | 17. November 2021

Jahrzehntelang hat das Land den angemessenen Ausbau der Stromversorgung verpasst und verschlafen. Darum bleibt bald nur die schlechteste aller Varianten um zu verhindern, dass die Lichter ausgehen: Gas. Ein Kommentar.

von Alex Reichmuth

Es wird derzeit viel diskutiert über die Stromzukunft der Schweiz, und kurz zusammengefasst läuft alles darauf hinaus, dass das Land künftig Gaskraftwerke bauen muss. Denn erstens taugen die erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarstrom nicht für eine zuverlässige Versorgung, was von Anfang an klar war. Zweitens gibt es nicht genügend Importmöglichkeiten, weil die Nachbarstaaten aller Voraussicht nach künftig selber zu wenig Strom haben. Und jetzt noch ein AKW zu planen, sofern ein solches überhaupt finanzierbar und durchsetzbar wäre, käme für die Stromlücke, die sich abzeichnet, wohl zu spät.

Gaskraftwerke schon in fünf bis sieben Jahren?

Christoph Brand, Chef des Energiekonzerns Axpo, hat kürzlich von zwei bis drei grossen Gaskraftwerken ab den 2040er-Jahren gesprochen. Der Bundesrat wiederum hat gemäss Energieministerin Simonetta Sommaruga der Eidgenössischen Elektrizitätskommission den Auftrag erteilt, ein Konzept für Gaskraftwerke zu erarbeiten, um eine allfällige Mangellage zu überbrücken. Die Taskforce «Elektrizität» der Gruppierung Kompass/Europa drängt gar darauf, schon in fünf bis sieben Jahren bis zu sechs Gaskraftwerke aufzustellen, um gegen Stromengpässe im Winter gewappnet zu sein.

Gaskraftwerke werden also eventuell schon in wenigen Jahren unverzichtbar sein. Sicher aber sind sie dann nötig, wenn die Schweiz ihre Atomkraftwerke abstellt oder abstellen muss.

Unsicher, unsauber und unschweizerisch

Mit Verlaub: Der absehbare Bau fossiler Kraftwerke ist eine Bankrotterklärung der Schweizer Energiepolitik. Denn diese Form der Stromerzeugung ist das Gegenteil von allem, was die Versorgung dieses Landes bislang ausgezeichnet hat. Gas ist unsicher, unsauber und unschweizerisch.

Mit dem Betrieb von Gaskraftwerken wäre die Schweiz dauerhaft auf Lieferungen aus dem Ausland und damit womöglich auf die Gnade Putins angewiesen.

Die aktuelle internationale Energiekrise macht die Nachteile von Gas gerade in allen Schattierungen klar: Der Nachschub stockt, die Abhängigkeiten steigen und die Preise explodieren. Mit dem Betrieb von Gaskraftwerken wäre die Schweiz dauerhaft auf Lieferungen aus dem Ausland und damit womöglich auf die Gnade Putins angewiesen. Bei Gasimporten würde das Land genauso erpressbar wie bei Stromimporten. Zudem wären Gaskraftwerke nur mit hohen Subventionen zu betreiben. Kompass/Europa spricht von jährlich 400 Millionen Franken, um die Versorgungslücken zu stopfen. Bei weiter steigenden Gaspreisen könnte der Betrag auch noch höher ausfallen.

Ein Schildbürgerstreich der Extraklasse

Und vor allem würden die Gaskraftwerke eine Unmenge an Klimagasen ausstossen. Dabei ist die Schweizer Stromversorgung bisher weitgehend CO₂-frei. Man muss sich das einmal vorstellen: Da wechselt das Land auf Elektroverkehr und Elektroheizungen, um von fossilen Brennstoffen wegzukommen – und der dazu nötige Strom wird wieder mit fossilem Gas produziert. Es wäre ein Schildbürgerstreich der Extraklasse.

Zwar gibt es Beschwörungen, man könne Gaskraftwerke künftig auch CO₂-neutral betreiben, etwa mit Wasserstoff oder grün produziertem E-Kraftstoff. Wer's glaubt! Die Kosten dafür dürften jedenfalls horrend

sein.

Das Stichwort zur missratenen Strompolitik: Kaiseraugst

Die Schweiz hat sich weitgehend selbstverschuldet in diese Zwangslage hineinmanövriert. Nach dem Unfall von Fukushima 2011 ist das Land den Strommärchen der profilierungssüchtigen CVP-Bundesrätin Doris Leuthard aufgesessen, die davon handelten, dass man auf die Atomkraft verzichten und die Lücke mit erneuerbarer Energie (und Stromimporten) decken könne. Das ernüchternde Resultat: Zehn Jahre lang wurde praktisch nichts für die Stromzukunft unternommen, so dass die Mangellage inzwischen bedrohlich nahe gerückt ist.

Die Leistung unserer Vorfahren im letzten Jahrhundert bestand darin, dass sie für eine sichere, saubere und schweizerische Stromversorgung gesorgt haben.

Doch die Misere in der Strompolitik hat schon lange vor Fukushima begonnen. Schon seit Jahrzehnten hat die Schweiz kaum mehr in den angemessenen Ausbau der Eigenversorgung investiert. Das Stichwort dazu heisst: Kaiseraugst.

Das notwendige AKW wurde quasi in Frankreich gebaut

Die Leistung unserer Vorfahren im letzten Jahrhundert bestand darin, dass sie für eine sichere, saubere und schweizerische Stromversorgung gesorgt haben. Zuerst errichteten sie in den Alpen eine Vielzahl von Stauseen, später stellten sie eine Reihe von Atomkraftwerken auf.

In den 1980er-Jahren war jedoch Schluss damit. Das AKW Kaiseraugst konnte nicht mehr gebaut werden. Nach dem Atomunfall in Tschernobyl war das Projekt wegen des immer stärkeren Widerstands am Ende. Wer damals aber auf die drohende Stromlücke aufmerksam machte, wurde verhöhnt und verlacht.

Doch die Schweiz benötigte dennoch mehr Elektrizität. Darum beteiligte sich die Stromwirtschaft an den französischen AKW Fessenheim, Cattenom und Bugey – und vereinbarte fixe Abnahmeverträge. Statt in Kaiseraugst wurde das notwendige Atomkraftwerk sozusagen im Ausland gebaut.

Jahrelange Anti-AKW-Gehirnwäsche

1990 beschloss das Volk, verunsichert durch eine jahrelange Anti-AKW-Gehirnwäsche in den Medien, ein zehnjähriges Bau- und Planungsmoratorium für Atomkraft. Nach Ablauf des Moratoriums gab es zaghafte Versuche, wenigstens den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke an die Hand zu leiten.

Die Schweiz steht heute da – ohne AKW Kaiseraugst, ohne Stromgarantien

aus Frankreich und mit einem Atom-Neubauverbot im Gesetz.

Doch dann kam Fukushima – ein «AKW-Katastrophe» mit null Toten –, und innert Tagen sistierte der Bund die Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatzkraftwerke in Beznau, Mühleberg und Gösgen. Ende 2017 liefen die Abnahmeverträge mit den französischen AKW aus – was für die hiesige Stromwirtschaft anfänglich eine Erlösung war, denn sie konnte sich dannzumal viel billiger auf dem freien Markt eindecken.

Den Ausbau der Stromversorgung verschlafen

Doch mittlerweile ist die Import-Euphorie verfliegen. Und Doris Leuthards Energiewende ist faktisch gescheitert. Die Schweiz steht da – ohne AKW Kaiseraugst, ohne Stromgarantien aus Frankreich und mit einem Atom-Neubauverbot im Gesetz. Und allmählich merkt das Land, dass es den Ausbau der eigenen Stromversorgung längst verschlafen hat.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier.

Es riecht nach Gas und spät dämmert eine Erkenntnis...

geschrieben von Admin | 17. November 2021

So langsam dämmert es unseren großen Denkern im schwarzrotgrünen Berlin: Gaskraftwerke müssen her und zwar möglichst viele und möglichst schnell, bevor die Lichter ausgehen. Doch da ist wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens.

Von Ralf Willenbuecher.

So langsam dämmert es unseren großen Denkern im schwarzrotgrünen Berlin: Gaskraftwerke müssen her und zwar möglichst viele und möglichst schnell, bevor die Lichter ausgehen. Der neue Bundeskanzler in spe, Olaf der Unschuldige, hat dies anlässlich eines Vortrages am 27.10.2021 bei der IG-BCE nochmals bekräftigt. Wer alles auf eine Karte setzt und aus Kernenergie und Kohle aussteigt, ohne eine Alternative zu haben, steht mit leeren Händen da, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Nach Erkenntnissen der scheidenden Merkelregierung scheint diese vor allem nachts nicht. Diese Thematik wurde außerhalb der Mainstream-Medien seit Jahren thematisiert und dämmert jetzt wie gesagt so langsam auch im schwarzrotgrünen Berlin.

Von allen Brennstoffen hat Gas neben Öl die respektabelste

Preisexplosion hingelegt. Aber das ist nun einmal so. Wenn man nur eine Sache will und keine andere zulässt, dann heißt es eben zahlen. Und wenn viele „haben wollen“, aber nur noch ganz wenige „haben“, dann nennt man das Short Squeeze, und genau in diese galoppierende Greenflation dirigieren uns die Angelas, Annalenas, Uschis und Olafs gerade hinein.

Aber nun zum Thema Gaskraftwerk. Im Prinzip ist das eine große Flugzeugturbine, in die Gas eingedüst und verbrannt wird. Die Turbine treibt dann einen Generator an, der Strom erzeugt. Da der Brennstoff nur einmal genutzt wird, spricht man in dieser Konfiguration von Single Cycle Anlagen. Wenn man nun die heißen Abgase der Turbine zusätzlich in einen Kessel einleitet, um Dampf zu erzeugen, kann man diesen – wie im bösen Kohle- oder Kernkraftwerk – in eine Dampfturbine einspeisen und nochmals Strom erzeugen. Bei dieser doppelten Nutzung spricht man von *Combined Cycle* oder GuD (Gas- und Dampfturbinen) Anlagen. Diese erreichen im Gegensatz zu den Single Cycle Anlagen hohe elektrische Wirkungsgrade bis über 60 Prozent und haben damit einen relativ geringen CO₂ Ausstoß pro erzeugte Kilowattstunde Strom. Die Single Cycle Anlagen hingegen produzieren nicht wesentlich weniger CO₂ als moderne Kohlekraftwerke und sind im Endeffekt eine Mogelpackung; dazu jedoch später mehr.

Wann kommt die Ethikkommission für den Gasausstieg?

Wo kommen diese Gaskraftwerke nun her? Wenn die großen Denker im schwarzrotgrünen Berlin künftig aus allem aussteigen möchten und die Wasserstoff-Fatamorgana nur noch schwach am fernen Horizont schimmert, würden je nach Größe und Bauart mindestens so um die 30 bis 60 GuD Anlagen gebraucht. Nach den Vorstellungen der Berliner Künstler sind die Anlagen dann halt irgendwann einfach da!

So einfach wird dies aber nicht gehen. Da wäre zunächst einmal der Preis. Für eine GuD Anlage im üblichen Leistungsbereich – um die ca. 600 MW – liegt dieser heute irgendwo zwischen 0,5 und 1 Milliarde Euro. Genau weiß das niemand. Das weiß man erst, wenn man mit einem Anlagenbauer 2 Jahre hart verhandelt hat, mehrere Millionen Euro Projektentwicklungskosten angefallen sind, und ein Errichtungsvertrag auf dem Tisch liegt.

Wer soll diese Investitionskosten stemmen? Wie lange hat man Zeit, die Investition zurückzuerdienen? Im Kraftwerksbereich rechnet man mit Amortisationszeiten von 15 bis teilweise über 30 Jahren. Da drängt sich natürlich sofort die Frage auf: Wann kommt die Ethikkommission für den Gasausstieg, besetzt mit 3 Pfaffen, 2 Gewerkschaftern und 3 Greenpeace Veteranen*Innen aus dem UBA? Nächstes Jahr? In 10 Jahren? Kann man dann die Anlage verschrotten? Gibt es vielleicht noch ein kleines Ausstiegsgeld? Und selbst wenn jemand unter diesen Umständen den Milliardenbetrag riskieren würde, wie soll er sein Geld zurückverdienen?

Über die verkaufte Kilowattstunde? Dazu müsste er wissen, wie viele Stunden die Anlage läuft und wie viele Dunkelflauten es gibt. Er müsste auch wissen, welcher Strompreis in diesen Stunden erlöst wird und wie hoch die Gaskosten sowie die Preise für die CO2 Zertifikate sein werden. Wird der Stromerlös von der Regierung gar gedeckelt? Es gibt nichts, was ein verständiger Kaufmann einer linksgrünen Regierung nicht zutrauen würde. Im Endeffekt ist das also ein reines Glücksspiel, das niemand mehr spielen wird.

Also könnten der Olaf und die Annalena ein sogenanntes Capacity Payment ausloben. Mit 150 Mio. € pro Jahr garantierten staatlichen Zahlungen über 10 Jahre wäre ein Gaskraftwerk zu finanzieren und zu betreiben. Das heißt 4,5 bis 9 Milliarden Euro pro Jahr für alle benötigten Gaskraftwerke. Jetzt haben wir aber die ESG Regularien und vor allem Uschis *Green Deal*, der es für Banken zunehmend schwierig macht, fossile Projekte zu finanzieren. Also müsste die neue Klimaregierung in Berlin die komplette Investition upfront auf den Tisch eines Projektentwicklers legen. Dies würde aber wieder mit EU Beihilferecht kollidieren, geht also auch nicht.

In Deutschland eher geologische Zeiträume zu veranschlagen

Aber schauen wir mal weiter. Was braucht man denn für ein Gaskraftwerk noch so alles neben einem Sack voll Geld? Zunächst mal ein Grundstück. Gaskraftwerke sind nicht sonderlich groß, haben aber einen Schornstein. Und da kommt schon das nächste Problem. Die aktuellen Emissionsanforderungen sind technisch kaum noch zu erfüllen und machen es außerdem schwer, eine solche Anlage in die Nähe von sensiblen Bereichen zu bauen. Hier kommen nur noch ganz wenige Industriegebiete überhaupt infrage. Zusätzlich braucht man eine Gasleitung bis zum Standort. Diese muss von der Kapazität her in der Lage sein, den Gasbedarf einer mittleren Großstadt heranzuschaffen. Und natürlich müssen die vorgelagerten Gasnetze diese Kapazitäten noch frei haben. Die Gasleitung muss vorhanden sein. Wenn sie jedoch erst geplant und genehmigt werden muss, ist ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. In Deutschland sind für solche Unterfangen eher geologische Zeiträume zu veranschlagen. Die Sache ist dann meist hoffnungslos. Das gleiche Problem existiert bei der Hochspannungsleitung für die Stromableitung.

Wurde das Problem der Finanzierung gelöst, und ist ein geeignetes Geschäftsmodell vom Himmel gefallen und eines der äußerst raren Plätzchen mit der erforderlichen Infrastrukturanbindung gefunden, kann man mit der Projektentwicklung starten. Je nachdem wie erfolgreich diese ist, wird in 2–3 Jahren ein entscheidungsreifes Gaskraftwerksprojekt auf dem Tisch liegen, sodass das *Financial Close* erfolgen kann. Wenn es gelingt, die entsprechenden Baugenehmigungen auch in diesem Zeitraum zu erlangen, kann mit dem Bau begonnen werden. Dieser dauert dann wiederum ungefähr 3 Jahre, vorausgesetzt, es läuft nichts schief, und es taucht

keine Gelbbauchkröte oder purpurfarbene Hüpf Schnecke auf dem Gelände auf. Dies kann ein Projekt schon mal um mehrere Jahre verzögern. Schließlich ist man hier nicht im Bereich der Windkraft unterwegs, deren Lobbyorganisationen Regierungspolitiker so punktgenau zu dispatchen wissen, dass Artenschutz praktisch nicht mehr stattfindet.

Wenn man in Berlin keine Zeit verliert und vor Weihnachten noch alle Weichen stellt, eine belastbare, rechtssichere und unwiderrufbare Zusage über mindestens einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag macht und schnell flächendeckend die erforderlichen Gas und Stromleitungen genehmigt, dann könnten in 5–6 Jahren vielleicht die ersten der 30 bis 60 Gaskraftwerke ans Netz gehen. Ob diese auch lieferbar sein werden, ist allerdings die nächste Frage, nachdem die wenigen Hersteller in den letzten Jahren ihre Kapazitäten nun deutlich heruntergefahren haben.

Das kennt der Olaf ja von der Elbphilharmonie

Sicher bei der Energiewende ist im Moment nur, dass Ende 2022 die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen. An großen Gaskraftwerken wird im Moment gerade einmal eins zu Ende gebaut; weitere sind aus oben genannten Gründen nicht geplant. Wahrscheinlich wird der Staat in einer Panikaktion die bereits erwähnten billigen Single Cycle Anlagen mit hohem CO₂-Ausstoß finanzieren und von den Netzbetreibern bauen lassen. Vielleicht sogar als Ölkraftwerke. Diese werden dann als Netzstützungs- oder Reservekraftwerke deklariert, die vermeintlich nur ganz selten laufen sollen.

Im Endeffekt werden sie, wie heute die stillgelegten Kernkraftwerke, Grundlast fahren, und in ähnlicher Größenordnung CO₂ erzeugen wie die stillgelegten Kohlekraftwerke. Frau Prof. Claudia Kemfert vom DIW wird das dann schönrechnen und der Klima-Thinktank Agora im Auftrag der Bundesregierung die vorzügliche Energiepolitik der Bundesregierung in einer vorzüglich bezahlten Auftragsstudie lobpreisen.

Es bleibt abschließend noch anzumerken, dass die genannten Investitionskosten nur für eine privatwirtschaftliche Lösung gelten. Wenn der Staat Staatskraftwerke baut, kostet es ein Vielfaches und dauert mindestens doppelt so lange. Das ist aber auch nichts Neues: Das kennt der Olaf ja von der Elbphilharmonie und die aus dem Völkerrecht vom Berliner Flughafen.

Dr. Ralph Willenbücher, geb. 1962, ist selbstständiger Unternehmensberater mit Schwerpunkt Energiewirtschaft und Umweltschutz. Er studierte Chemie in Darmstadt, Heidelberg, Zürich und Knoxville.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Kolonialismus im Namen des Klimas

geschrieben von Admin | 17. November 2021

von Hans Hofmann-Reinecke

Auf dem Klima Gipfel COP26 in Glasgow wurde dem Land Südafrika nahe gelegt, seine Stromversorgung auf Wind- und Solarenergie umzustellen und zwei riesige, nagelneue Kohlekraftwerke abzureißen. Ein deutscher Minister spielte hier eine wichtige Rolle. Erleben wir eine Renaissance des deutschen Kolonialismus auf dem schwarzen Kontinent?

Fremdschämen für Südwest

Kolonialismus ist das politische oder militärische Eingreifen eines Staates in einen anderen, meist weniger entwickelten, mit dem Ziel, sich wirtschaftliche oder strategische Vorteile zu verschaffen. Der afrikanische Kontinent war vom späten 19. bis mittleren 20. Jahrhundert bevorzugtes Objekt dieser Eingriffe. Im internationalen Vergleich war Deutschlands Rolle war dabei zurückhaltend, dennoch übt sich der heutige Mainstream im Fremdschämen für unsere Ur-Urgroßväter und deren Kolonialherrschaft in Südwest-Afrika – vor mehr als hundert Jahren. Das soll demonstrieren, wie moralisch überlegen das heutige Deutschland im Vergleich zum damaligen Kaiserreich doch ist.

Es gibt aber auch einen sanften Kolonialismus, genannt Missionierung, bei der den Betroffenen Wohltaten versprochen, jedoch tatsächlich die Eigeninteressen der Missionierenden verfolgt werden. Und auf diesem Gebiet nun wird die deutsche Regierung wieder aktiv, und zwar im Land Südafrika, unmittelbar neben der alten Kolonie Namibia gelegen.

Südafrika hängt im Netz

Südafrika hat einen jährlichen Stromverbrauch von ca. 235 Terawattstunden (zum Vergleich: Deutschland 573 TWh). Das sind rund 4.000 kWh per Capita, und das ist viel für ein afrikanisches Land. Den Löwenanteil an Energie verbraucht der Bergbau im Nordosten des Landes.

Dem staatlichen Konzern ESKOM gelingt es nicht, das Land zuverlässig mit Strom zu versorgen. Während diese Zeilen geschrieben werden gibt es täglich dreimal, gerecht über die 24 Stunden des Tages verteilt, eine programmierte Stromsperre. Das ist für den Autor dieses Artikels zu verkraften, für viele Gewerbe aber ein Desaster. Was macht ein Restaurant, wo der Strom von 18:00 bis 20:15 ausfällt? Eine Werkstatt für Einbauküchen, wenn die Maschinen für zwei oder vier Stunden streiken? Ich war in der Vorstellung eines russischen Balletts, als dank Stromsperre der Notstrom Generator des Theaters ansprang. Die

Vorstellung ging weiter, aber bei dem Lärm des Diesels war die Musik kaum noch zu hören – auch nicht für die Ballerinas.

2008 begann, behindert durch technische und politische Probleme, der Bau zweier moderner Kohlekraftwerke, „Medupi“ und „Kusile“, mit einer geplanten Gesamtleistung von 9,6 Gigawatt (das entspricht 8 ausgewachsenen Kernkraftwerken). Derzeit stehen zwei Drittel dieser Nennleistung zur Verfügung, zumindest theoretisch. In der Praxis hat man deren Betrieb noch nicht so richtig in den Griff bekommen.

Die Missionare in Sachen CO2

Anlässlich der IPCC Klimakonferenz in Glasgow wurde nun auf Südafrika Druck ausgeübt, seine Energieversorgung doch auf Wind und Sonne umzustellen. Ein deutscher Minister plädierte allen Ernstes dafür, die beiden nagelneuen Kraftwerke, von denen jedes geschätzte 14 Mrd. Euro gekostet hat, wieder abzureißen und durch Windräder zu ersetzen. Davon bräuchte man dann einige zigtausend Stück. Bei der Finanzierung dieses Wahnsinns würde man großzügig helfen.

Nun hat die Energiewende in Deutschland mehr als deutlich demonstriert, dass es nicht möglich ist, ein zivilisiertes Land kontinuierlich mit Strom aus alternativen Quellen zu versorgen. Es geht einfach nicht. Punkt. Deutschland hatte einmal eine unauffällige, preiswerte und zuverlässige Stromversorgung. Heute müssen energiehungrige Verbraucher wie Aluminium-Schmelzwerke zeitweise vom Netz genommen (und dafür fürstlich entschädigt) werden. Man hat die höchsten Preise pro Kilowattstunde weltweit und will dennoch auf diesem aussichtslosen Weg weiter marschieren.

Wir erleben in Deutschland also, dass es sehr teuer werden kann, wenn politische Entscheidungsträger mit geringer Bildung und noch geringerem Sachverstand die Macht haben, ihre eigenen fixen Ideen zur Staatsräson zu machen.

Kolonialismus 2.0

Diesen Segen wollen die Missionare der Energiewende nun dem Land am Kap aufdrängen, wo man schon mit konventionellen Kraftwerken keine stabile Stromversorgung hinbekommt. Und anders als in Deutschland gibt es hier keine freundlichen Nachbarn, die einspringen, wenn Wind und Sonne schlafen. Es gibt zwar eine Stromleitung nach Mozambik, zum Cabora Bassa Kraftwerk, aber auf das die ist kein Verlass.

Man bedenke, dass 60% von Südafrikas Exporten im Bergbau gewonnen werden – und den soll man nun mit Wackelstrom aus Windmühlen versorgen? Tatsächlich? Es wäre ein winziger Beitrag zur globalen CO2 Senkung, aber ein gigantischer Schaden für das Land und seine Menschen, von denen viele in Armut leben. Auf deren Rücken wollen sich nun die Öko-Missionare mit ihren fixen Ideen austoben?

Vielleicht sollte man den deutschen Entwicklungshilfe- und Energiewende-Spezialisten einen „Reality Check“ gönnen, einen Gastaufenthalt in einer kilometertiefen Mine, wo dann bei Wolken und Flaute die Fahrstühle stehen bleiben und die Lüftung ausfällt. Vielleicht würde ihnen dann klar, dass am deutschen Wesen die Welt nicht genesen kann – auch dieses Mal nicht.

Lesen Sie auch die Artikel im Blog des Autors Think-Again. Sein Bestseller „Grün und Dumm“ ist bei Amazon erhältlich.

Bemerkung der Redaktion: Deutschland gibt 700 Millionen Euro an Südafrika, damit das Land grüner werde.